



Jahrbuch  
Menschenrechte  
2001

*Herausgegeben von*

Gabriele von Arnim, Volkmar Deile, Franz-Josef Hutter,  
Sabine Kurtenbach und Carsten Tessmer

*in Verbindung mit*

deutsche Sektion von  
amnesty international  
Ludwig-Boltzmann-Institut  
für Menschenrechte (Wien)  
Institut für Entwicklung und Frieden  
(Duisburg)

Suhrkamp

**Jahrbuch Menschenrechte 2001, S. 221-229.**

*Helmut Oberdiek*

### Die Menschenrechtsbewegung der Türkei

Zum »letzten Gipfeltreffen« der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im 20. Jahrhundert im November 1999 in Istanbul waren über 70 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus der Türkei gemeldet. Eine stolze Zahl, die aber nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß die Menschenrechtsbewegung der Türkei noch sehr jung und nicht besonders stark entwickelt ist. Von den gemeldeten Organisationen können nur wenige als Aktivisten im Bereich der Menschenrechte betrachtet werden, da die türkische Regierung alle Gruppen, die als »non-governmental« gelten konnten, ermutigt hatte, an dem Treffen teilzunehmen. Unter den NGOs waren sowohl akademische Initiativen als auch Industriellen- und Gewerkschaftsverbände sowie eher touristische Unternehmungen wie der Lions- oder Rotary-Club, die kaum das Attribut »Menschenrechtsorganisation« verdienen können und zum Teil – obwohl formell regierungsunabhängig – dennoch eher auf der Regierungsseite ihren Platz einnehmen. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß in der Türkei

der neunziger Jahre die Industriellen (zumindest Teile davon) eine durchaus progressive Rolle in bezug auf die Demokratisierung der Türkei übernommen haben.

Eine Studie des Industriellenverbandes TÜSIAD vom Frühjahr 1997 zu »Perspektiven der Demokratisierung« war nur ein Anfang. Es folgten eine Reihe von eher akademischen Veranstaltungen, und inzwischen hat sich aus dieser Initiative die sogenannte Bienen-Bewegung (ari hareketi) entwickelt, die sich neben dem allgemeinen Ziel der Demokratisierung der Türkei auch Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte auf die Fahnen geschrieben hat. Diese Gruppierung ist bislang jedoch ebenso wie die »Helsinki Citizens' Assembly« und diverse universitäre Lehrstühle für Menschenrechte kaum oder gar nicht in der Öffentlichkeit aufgetreten. Eine erste Art offizieller Anerkennung auf Landesebene fanden die sonst in der Türkei verpönten Menschenrechtsorganisationen im Vorfeld der Veranstaltungen der OSZE. Der für Menschenrechte zuständige Minister hatte ein Treffen mit [Seitenwechsel] 23 Organisationen organisiert, auf dem die vorrangigen Probleme der Türkei zur Diskussion standen. Geladen waren neben den offiziellen »Beratern« verschiedener Ministerien auch die bis dahin als »terroristisch« und »fundamentalistisch« gebrandmarkten Menschenrechtsvereine IHD (Insan Haklari Dernegi = Menschenrechtsverein) und Mazlum-Der (Verein für Menschenrechte und Solidarität mit den Unterdrückten).

Diese beiden Organisationen sowie die Menschenrechtsstiftung der Türkei (Türkiye İnsan Hakları Vakfı = TIHV), die aus dem IHD hervorgegangen ist, sollen in diesem Artikel der deutschen Öffentlichkeit vorgestellt werden.

### Der Menschenrechtsverein IHD

Die Gründung des Menschenrechtsvereins IHD ist eng mit den Ereignissen nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 verknüpft. Das Militär blieb zwar nur bis 1983 direkt an der Macht, allerdings hatten die Generäle durch die Verfassung von 1982 und mit mehr als 800 Gesetzen, die sie in drei Jahren verabschiedeten, eine Situation geschaffen, in der es fast unmöglich war, eine legale Opposition zu formieren. Die Angehörigen der politischen Gefangenen waren eine der wenigen kritischen Stimmen im Lande. Wenn man bedenkt, daß über eine halbe Million Menschen aus politischen Gründen festgenommen und gefoltert und mehr als eine Viertelmillion vor Militärgerichten angeklagt wurden, wird deutlich, daß deren Angehörige eine nicht zu übersehende Gruppe bildeten. Zusammen mit Rechtsanwält/inn/en, Journalist/inn/en und anderen Intellektuellen bildeten die Angehörigen der politischen Gefangenen den Kern der 98 Gründerinnen und Gründer des IHD, der sich im Juli 1986 konstituierte. Die Entscheidung bei der Organisationsform fiel zugunsten eines Vereins, dessen Stärke die Zahl der Mitglieder und ihre

Aktionen ausmachen sollten (im Unterschied zu einer kleinen, einflußreichen Gruppe, die vorwiegend mit Presseerklärungen agieren wollte).

Aufgrund der restriktiven Gesetze dauerte es weitere neun Monate, bis nach zweifacher Änderung der Satzung der IHD offiziell anerkannt wurde. In der endgültigen Fassung lautete das Ziel des IHD nun, »zu jeder Art von Menschenrechten und Grundfreihei-[Seitenwechsel]ten zu arbeiten«. Neben der Zentrale in Ankara kam es rasch zur Formierung von Zweigstellen, die anfänglich nur in den Provinzhauptstädten möglich waren. Bis 1999 war die Zahl der Zweigstellen auf 59 (in insgesamt 80 Provinzen der Türkei) angestiegen. Von der offiziellen Zahl der Mitglieder (25 000) dürfte maximal die Hälfte zu den »zahlenden und wenigstens teilweise aktiven« zählen. Bei der Zahl der aktiven Zweigstellen verhält es sich ebenso, wobei an diesem Punkt die ständig wiederkehrenden Verbote einer Betätigung durch Gouverneure einen wesentlichen Grund für Inaktivität darstellen.

Von Beginn an wurde die Arbeit des IHD sowohl von den Staatsvertretern wie den Gouverneuren und Landräten als auch von der Justiz behindert. Sowohl der zentrale Vorstand als auch die Funktionäre der Zweigstellen wurden mit einer Reihe von Verfahren überzogen, die nicht selten mit Haftstrafen von etlichen Monaten oder gar mehreren Jahren endeten. Viele der führenden Mitglieder mußten ins Gefängnis. Am bekanntesten unter den Gefangenen, die wegen ihrer Men-

schenrechtsarbeit in den Knast mußten, dürften die derzeitige Vorsitzende des IHD Istanbul, die Rechtsanwältin Eren Keskin, und der bis zu seiner Inhaftierung im Juni 1999 langjährige Vorsitzende des Gesamtvereins, Akin Birdal, sein.

Akin Birdal verkörpert in seiner Person nicht nur das ständig gegenwärtige Risiko der Inhaftierung, sondern als Überlebender eines bewaffneten Überfalls vom Mai 1998 auch die Gefahr, physisch liquidiert zu werden. Seit seiner Gründung im Jahre 1986 hat der IHD mehr als zehn seiner führenden Mitglieder durch politische Morde verloren, von denen bisher kaum einer aufgeklärt wurde. Im Türkischen werden diese extralegalen Hinrichtungen als »Morde unerkannter Täter« (faili meçhul cinayetler) bezeichnet, wobei in dieser Bezeichnung mitschwingt, daß die Mörder unerkannt entkommen, weil sie sich staatlichen Schutzes erfreuen. Das Attentat auf Akin Birdal ist dabei in gewisser Weise eine Ausnahme, denn schon nach kurzer Zeit konnten die Sicherheitskräfte die vermeintlichen Attentäter dingfest machen, die sich derzeit vor Gericht verantworten müssen.

Der IHD hat an seiner Entscheidung, zu allen Menschenrechten zu arbeiten, festgehalten. Dementsprechend wurden im Laufe der Zeit unterschiedliche Kampagnen durchgeführt (von der Abschaffung der Todesstrafe bis hin zu den Rechten der Fußgänger). [Seitenwechsel] Der Schwerpunkt der Arbeit ist jedoch mehr oder weniger gleich geblieben. Selbst wenn die Zahl der politischen Ge-

fangenen abgenommen hat und längst nicht mehr so viele Angehörige von ihnen im IHD aktiv sind, so stehen Haftbedingungen und, als ein Teil davon, die Folter nach wie vor im Mittelpunkt der Arbeit. Bei vielen Hungerstreiks hat sich der IHD als Vermittler zwischen den Gefangenen und der Administration bewährt.

Die »Nähe« zu den vorwiegend »linksextremen« politischen Gefangenen hat den IHD von Anfang an dem Verdacht ausgesetzt, der »verlängerte Arm« dieser meist gewaltbefürwortenden Organisationen zu sein. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Einsatz für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen häufig als Identifizierung mit deren Zielen angesehen wird. Dem Vorwurf der Parteilichkeit kann vielfach nur dadurch begegnet werden, daß die menschenrechtswidrigen Praktiken von bewaffneten Gruppierungen ebenfalls thematisiert werden.

Dies brachte *amnesty international* (ai) 30 Jahre nach ihrer Gründung im Jahre 1991 dazu, Menschenrechtsverletzungen bewaffneter Gruppen praktisch identisch mit den staatlichen Verstößen zu behandeln. Parallel dazu erlebte auch der IHD eine entsprechende Diskussion, die allerdings nicht formell entschieden wurde, da mit der Betonung der Genfer Konvention als Leitschnur des Handelns eine Art Kompromiß bereits existierte (schon 1992 war die Satzung des IHD um entsprechende humanitäre Aspekte erweitert worden). In den letzten Jahren kann nicht nur in der Zentrale,

sondern auch in wichtigen Zweigstellen wie Istanbul beobachtet werden, daß Übergriffe von bewaffneten Gruppen kritisiert werden, ohne jedoch die »Übeltäter« beim Namen zu nennen. Dies hat damit zu tun, daß bei vielen Aktionen, selbst wenn angebliche Bekennerschreiben vorhanden sind, die Urheberschaft nicht immer gesichert ist. Im Kriegsgebiet schieben sich die Parteien Aktionen, die das Ansehen schädigen konnten, gegenseitig »in die Schuhe«.

Regelmäßig werden diese Presseerklärungen aber von den Medien der Türkei mißachtet, so daß in der Öffentlichkeit nach wie vor der von offizieller Seite verbreitete Eindruck vorherrscht, der IHD nehme einseitig (nur gegen Verletzungen der Regierung) Stellung. Vor dem Hintergrund eines Jahrzehnte dauernden Krieges in den kurdischen Gebieten wurde und wird dies als Parteinahme für eine der Kriegsparteien, die illegale Kurdische Arbeiter-[Seitenwechsel]terpartei PKK, angesehen, was bedeutet, daß der IHD das Image einer PKK-Suborganisation bekam.

Die eigentlichen Schwierigkeiten des IHD liegen jedoch in der alltäglichen Arbeit, für die sowohl die Miete, Personalkosten als auch die Mittel für die technischen Möglichkeiten von Telefon, Fax, E-Mail und Internet aufgebracht werden müssen. Der Verein verfügt praktisch nur über Mitgliederbeiträge. Niedrige oder gar keine Einkommen gepaart mit einer grundsätzlich eher schlechten Zahlungsmoral der Mitglieder sind aber nicht der

einzig Grund für den chronischen Geldmangel. Erste Versuche der Mittelbeschaffung durch Projekte im europäischen Maßstab (wie die Schulung von Anwälten im Bereich der Individualbeschwerde) haben kaum eine internationale Unterstützung ermöglicht. Mit der Begründung, daß Vereine in der Türkei keine Hilfe aus dem Ausland empfangen dürfen, verhinderten die türkischen Behörden die Auszahlung von 80 000 EUR (ECU).

Die Mitgliedschaft des IHD in der *Fédération Internationale des Droits de l'homme (FIDEH)* hat zwar eine Reihe von internationalen Kontakten ermöglicht, aber kaum finanzielle Erleichterung gebracht. Allgemein ist es richtig, daß der IHD international gesehen über mehr Anerkennung verfügt als national. Die Auslandsvertretungen in Ankara bedienen sich der Informationen des Vereins ebenso wie internationale Organisationen, sei es amnesty international oder Human Rights Watch. Auszeichnungen wie der Menschenrechtspreis des deutschen Richterbundes für den ehemaligen Generalsekretär und jetzigen Vorsitzenden des IHD, Hüsnü Ondül, sind ein weiteres Zeichen für das Ansehen, das der Verein auf internationaler Ebene besitzt. Auf nationaler Ebene wird der Verein es schwer haben, die gleiche Akzeptanz zu finden. Von den fast täglich abgehaltenen Pressekonferenzen, die Opfer von Folter und anderen Menschenrechtsverletzungen in den Räumen des Menschenrechtsvereins abhalten, wird in der bürgerlichen Presse kaum berichtet. Das mag

daran liegen, daß diese stets wiederkehrenden Ereignisse an Nachrichtenwert verloren haben, es ist aber auch ein Zeichen dafür, daß dem IHD die nationale Aufmerksamkeit durchaus bewußt versagt wird.

In letzter Zeit scheint sich das Image des IHD leicht verbessert zu haben. Dies mag daran liegen, daß der »Hauptfeind« des Staates, die PKK, nicht mehr als so »gefährlich« angesehen wird. PKK-Führer Öcalan hat verkündet, daß seine Anhänger die Waf-[Seitenwechsel]fen niederlegen und nach einer Aussöhnung mit dem türkischen Staat suchen werden. Dem ist die PKK bisher nur teilweise gefolgt. Es ist schwer vorherzusagen, welche Wende die Entwicklung nehmen wird, wenn die gegen Öcalan verhängte Todesstrafe vollstreckt würde. Für ein baldiges Ende der kriegerischen Handlungen zwischen den kurdischen Guerillas und den türkischen Sicherheitskräften fehlt es bislang an einer klaren Reaktion des türkischen Staates. Es kann jederzeit wieder passieren, daß ein Aufruf des IHD zur Einstellung des Krieges und Anerkennung der Realität als Unterstützung der PKK angesehen wird.

#### Die Menschenrechtsstiftung der Türkei TIHV

Es gab eine Reihe von Gründen, weshalb der IHD sich schon bald entschloß, eine Stiftung ins Leben zu rufen. Einer war, daß nur eine solche Einrichtung legal Gelder aus dem Ausland empfangen darf-

te. Es dauerte eine Weile, bis die notwendigen \$ 25 000 für die Gründung zusammen waren, aber im Oktober 1989 wurde die Gründungsurkunde dem Direktorat für Stiftungen übergeben.

Doch ähnlich wie bei der Gründung des IHD wurden Einsprüche gegen die Satzung erhoben. So hieß es u. a., daß eine Stiftung nicht die Behandlung von Folteropfern in ihre Satzung aufnehmen könne, »weil es in der Türkei keine Folter gebe«. Auch der TIHV half eine allgemeinere Formulierung der Ziele, die nun mit »Recherche und Schulung zu allen Menschenrechten, die in internationalen Dokumenten festgelegt sind«, beschrieben werden und es ermöglichen, in diesem Bereich »medizinische Einrichtungen aufzubauen oder betreiben zu lassen«.

Damit ist der Hauptpunkt der Arbeit umschrieben, denn als professionelle Organisation hat die TIHV sich die kostenlose Behandlung von Überlebenden der Folter vorgenommen. Die Zentren in Ankara, Istanbul, Izmir, Adana und seit einiger Zeit auch in Diyarbakir sind dabei vor allem Anlaufstellen, in denen Behandlungspläne zusammengestellt werden, die dann mit der Hilfe von freiwilligen Helfern aus dem medizinischen Bereich physisch und psychisch behandelt werden. Seit Beginn der Arbeit im Jahre 1990 wurden auf diese Weise an die 4 000 Überlebende der Folter behandelt. Die Gelder dafür kommen vorwiegend aus dem Ausland (UN, Europarat, Schwedisches Rotes Kreuz, ai etc.). In ini-[Seitenwechsel]gen Ländern gibt es

auch sogenannte Solidaritätskomitees, die sowohl bei der Identifizierung von potentiellen Geldgebern (für bestimmte Projekte) als auch zur Bekanntmachung der Arbeit an sich beitragen. Von großem Wert ist dabei die Arbeit des Dokumentationszentrums der TIHV in Ankara. Hier werden tägliche Berichte über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei angefertigt. Aus diesen Berichten aus der Tagespresse und eigenen Recherchen werden dann je nach Kapazität thematische Berichte bzw. Jahresübersichten angefertigt. Die Tagesberichte können per Fax, E-Mail oder S-Mail empfangen werden.

Als professionelle Organisation hat die TIHV nicht soviel öffentliche Kritik einstecken müssen wie der IHD. Da sie aber als »Ableger« des IHD gilt, wird sie häufig mit dem IHD in einem Atemzug genannt. Es gab auch Gerichtsverfahren gegen führende Mitglieder der TIHV, die bislang aber alle glimpflich ausgingen. Das internationale Ansehen der TIHV dürfte das des IHD noch übersteigen, denn neben der allgemein als zuverlässig geltenden regelmäßigen Informationspolitik ist die Behandlung von Folteropfern besonders positiv einzuschätzen.

### Der Verein Mazlum-Der

Es gab eine Reihe von Menschenrechtsproblemen in der Türkei, um die sich der IHD wenig oder gar nicht kümmerte. Allgemein könnten diese Probleme

(wie z. B. das Verbot, an Universitäten oder in öffentlichen Ämtern Kopftücher zu tragen) als Probleme der rechts-gerichteten oder religiösen Opposition bezeichnet werden. Da sich der im Januar 1991 gegründete Verein Mazlum-Der gerade dieser »Klientel« annahm, galt und gilt er vielfach als der »religiöse Menschenrechtsverein«. Die Funktionäre des Vereins wenden sich vehement gegen ein solches Attribut, denn sie haben – wie der IHD – den Einsatz für alle Art von Menschenrechten auf ihre Fahnen geschrieben. Mazlum-Der wurde am 28. Januar 1991 von 54 Personen in Ankara gegründet. Dort ist auch die Zentrale angesiedelt. Bis zum Jahre 1997 hatte Mazlum-Der 13 Zweigstellen und 4 000 Mitglieder.

In der Organisationsform unterscheiden sich Mazlum-Der und der IHD nur wenig. Es könnte behauptet werden, daß Mazlum-Der etwas klarer strukturiert ist. Innerhalb von Mazlum-Der existieren fünf Abteilungen, die für die Organisation, Schulung, Medien, soziale Beziehungen und Recht zuständig sind. Sechs Kommissionen arbeiten zu spezifischen Problemen (auch im IHD existieren Kommissionen, die allerdings keiner strikten Ordnung unterliegen und in Bezeichnung und Inhalten von einer Zweigstelle zur anderen differieren können). Der wichtigste Ausschuß von Mazlum-Der ist die Kommission, die sich mit Menschenrechtsverletzungen allgemein auseinandersetzt bzw. sie dokumentiert. Zu den Problemen

in den kurdischen Gebieten arbeitet eine »Südost-Kommission«.

Obwohl es viele Parallelen zwischen Mazlum-Der und dem IHD gibt, hat es erst in jüngerer Zeit eine Annäherung beider Organisationen gegeben. Den Ausgangspunkt mag eine gemeinsame Aktion aus dem Jahre 1996 gebildet haben, die beiden Organisationen allerdings eher »schadete« als »nützte«. Es ging um den Versuch, türkische Soldaten, die von der PKK gefangengehalten wurden, zu »befreien«. Im Endeffekt hatte die Initiative wenig Erfolg, wenn davon abgesehen wird, daß am Ende einige Soldaten freikamen. Das lag nicht zuletzt am Verhalten der PKK. Erst wurde erklärt, daß die Soldaten freikämen (Hürriyet vom 19. August 1996), dann wurde dies dementiert, um anschließend wieder neue Hoffnungen zu wecken, so daß sich Ende August eine Delegation von Mazlum-Der und dem IHD zu den Lagern der PKK im Nordirak begab. Zu diesem Zeitpunkt aber erreichten sie nichts, außer daß ihre Fotos unter einer PKK-Fahne in der türkischen Presse erschienen, was noch heute beiden die Anschuldigung der Sympathie mit der PKK einbringt. Es kam sogar zu einem Gerichtsverfahren gegen die Teilnehmer der Delegation wegen »Unterstützung der PKK«. Ironie des Schicksals war es, daß dieses Verfahren just an jenem 10. Dezember 1996 mit Freispruch endete, als es einer zweiten Delegation gelang, sechs türkische Soldaten aus einem Lager der PKK zu holen. Dieser »Erfolg« hat jedoch weder Mazlum-

Der noch den IHD vor weiteren Repressalien geschützt. Es hat gegen den IHD und Mazlum-Der mehrere Prozesse gegeben und im Jahre 1999 wurden Zweigstellen von Mazlum-Der in den kurdischen Gebieten (z. B. in Urfa und Malatya) durch Anordnungen von Gouverneuren geschlossen. Eine Prognose für die Zukunft von Mazlum-Der ist ebenso schwierig wie eine für den IHD. Im Zuge der Aufnahme der Türkei als Kandidat für eine EU-Mitgliedschaft hat sich zeitweilig die allein auf [Seitenwechsel] Repression setzende Staatspolitik gegen Menschenrechtsorganisationen in der Türkei etwas gelockert. Ob diese jedoch ein Dauerzustand wird, bleibt angesichts der langwierigen Verhandlungen auf Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union eher fraglich.